

Berliner Tageblatt

Nr. 483

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 12. Oktober 1927

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Polenleihe perfekt.

Auslese der Tüchtigen im Staatsdienst.

Von [Redaktion verboten.]

Regierungsoberinspektor Dipl. rer. pol. Artur Hesse.

Demjenigen, der keine beamtete Stellung in Deutschland innehat, pflegt zwar das Axiom von der Vorzüglichkeit der Pflichttreue und der Integrität des deutschen Beamtenstandes bekannt zu sein; er wird aber kaum einen auch nur annähernd richtigen Begriff von der lastenförmigen Abschließung der einzelnen Beamtenklassen gegeneinander haben, die heute wie gelben durchgeföhrt wird, und es verhindert, daß der Befähigte vorwärts kommt. Man weiß, daß es vor der Staatsumwälzung geradezu ein Ding der Unmöglichkeit war, im Staatsdienst aus einer Beamtenkategorie in die nächst höhere zu gelangen. Das war es, was gerade die freiblen und befähigten Elemente niederfüllte zu den freien Berufen hinüberblicken ließ und nicht selten zu einem Berufswechsel veranlaßte. Diese Starrheit des Systems bildete für viele Beamte die Ursache ständiger bitterer Enttäuschung, deren Folge dann eine berufliche Gleichgültigkeit war, die sich häufig hinter einem äußerlichen Bureaukratismus verbarg, und ja auch dem Publikum nicht unbekannt geblieben ist. Kein Wunder daher, daß die mit der Staatsumwälzung einsetzende geistige Aufwärtsbewegung, die sich in der Gründung von Volkshochschulen, in der Beamtakademiebewegung und in der gewaltigen Ausdehnung des Volkshilfsdienstes befandete, auch die seit langem gehegten Hoffnungen der Beamenschaft befüllte.

Die Zeit nach der Staatsumwälzung hat dann scheinbar den auf eine Lösung des Aufstiegsproblems hoffenden Beamten recht gegeben. Abgesehen von einer Personalreform bei der Postverwaltung, in deren Verlauf große Teile von Beamten des unteren Dienstes in den mittleren Dienst übergeführt wurden, wurde auch eine der Zahl nach ansehnliche Beförderung von Beamten des mittleren zu solchen des höheren Dienstes durchgeführt. Bedauerlicherweise wurden aber die meisten dieser Beförderungen höchst planlos — oder vielleicht nur allzu planvoll (?) — vorgenommen. Der Kaie muß wissen, daß im Staatsdienst das Prinzip der „Chesntour“ oder, um es verwaltungsrechtlich auszudrücken, der Grundlag der Dienstaltersfolge herrscht. „Er ist noch nicht zur Beförderung dran“, pflegt man zu sagen. Zimmer hüßlich der Reihe nach. Nur nicht „aus der Reihe tanzen“, und etwa gar ausfallen, das verträgt die Beamtensphäre nicht. Und so ist es zu erklären, daß, nachdem sich nach dem November 1919 die höhere Bureaukratie zunächst zu Konfessionen hatte bereit finden lassen, sehr bald wieder nur solche Beamten befördert wurden, die eben „dran“ waren. Nach besonderer Befähigung und Eignung fragte man nicht mehr. Der 1923 einsetzende Personalabbau hat dann die Möglichkeit geschaffen, vor allem viele aus dem unteren in den mittleren, und vom mittleren in den höheren Dienst Beförderte zu eliminieren.

Was es Abstieg oder Zufall? Gewiß war dabei sehr viel Abstieg und sehr wenig Zufall, aber die Hauptschuld trug doch zweifellos das jedes frische Streben tödende System der Dienstaltersfolge, das bis auf den heutigen Tag nicht verlassen ist.

Heute fehlt der Wille zur Beförderung von einem Dienst in den nächst höheren völlig. Daran vermag auch nichts die bei manchen höheren Beamten vorhandene Erkenntnis zu ändern, daß theoretisches Wissen und akademische Grade keineswegs die Beweise beruflicher Tüchtigkeit darstellen.

Der mangelnde Wille der maßgebenden Instanzen, dieser Verzicht auf jede weitere Demokratisierung der Verwaltung, diese Rückkehr zum antiquierten Gruppen- und Ständesäckelchen bedeuten ein unerträgliches Hemmnis in der Entwicklung, das sich mit dem sozialen und demokratischen Charakter der Republik nicht verträgt.

Wie sehr man vom Aufstieg befähigter Beamten abgesehen ist, dürfte am deutlichsten folgende Tatsache beweisen. Der preussische Kultusminister hat durch den Erlass vom 24. April 1923 die Einrichtung getroffen, daß „hervorragend begabte Personen in besonderen Ausnahmefällen auch ohne Reisezeugnis zum Universitätsstudium zugelassen werden können“. Man sollte meinen, daß solchen Beamte das seltsame Glück haben, zu diesen hervorragend begabten Personen zu zählen, der Aufstieg dieser Beamten nach beendetem Studium eine Selbstverständlichkeit sein würde. Leider muß festgestellt werden, daß sich um diese, noch nicht ein halbes Dutzend zählenden Beamten — die das Beamtentum studium absolviert haben und innerhalb des 1½ Millionen Menschen zählenden Beamtentums doch gewißlich eine große Seltenheit darstellen —, bisher niemand gekümmert und daß nicht eine einzige Behörde den Versuch unternommen hat, durch Uebernahme eines solchen Beamten in der höheren Dienst seine anerkannten besonderen Kräfte im Interesse des Volksganzen nutzbar zu machen.

Dieser Vorgang ist symptomatisch für die Haltung und Gefinnung der höheren Bureaukratie. Es sollte daher endlich die Frage geprüft werden, ob man nicht dahin gelangen kann, daß bestimmte Mindestnoten der Eingangsstellen der nächst höheren Laufbahn für „Aufstiegsbeamte“, und zwar gelegentlich, freigehalten werden. Und eine gleiche Anordnung wäre dann fanggemäß auch für die

Millionen Dollars, 2 Millionen Pfund.

Nur zur Stabilisierung der polnischen Valuta. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 12. Oktober. Nach der Rückkehr des Warschauer Botschafts aus Gredno hielt Regierung eine Sitzung ab, in der die neueste Antwort, die amerikanischen Unterhändler aus New-York erhalten haben, besprochen wurde. In der Nacht empfing der stellvertretende Ministerpräsident Bartel, der Finanzminister Czechowicz und der deminister Kwiatkowski die Journalisten. Sie machten die Mitteilung, daß die Verhandlungen zu einem Abschluß geführt haben, und daß in den allerersten Tagen die Zeichnung des Anleihevertrages stattfinden werde. Man hat sich auf folgende Punkte geeinigt: 1. Der Anleihevertrag ist 62 Millionen Dollars und 2 Millionen Pfund Sterling, 2. der Emissionskurs beträgt 92 und der Verkauf 103 Prozent. Die Anleihe ist 7prozentig. 3. Der Zinssatz wird auf 20 Jahre festgelegt. Die Amortisation kann aber in 10 Jahren erfolgen. 4. Es wird ein Amortisationsfonds (Amortisationsfonds) gebildet, der in den ersten vier Jahren vier Prozent und 103 Prozent beträgt und jede weitere vier Jahre um ½ Prozent

erhöht werden soll. Das Datum der Emission ist der 15. Oktober 1927. Nach Empfang der endgültigen Bestätigung dieser Punkte wird der Ministerpräsident den Finanzminister zur Unterzeichnung des Vertrages ermächtigen. Zu gleicher Zeit wird der Präsident auch eine Verfügung über die Verwendung des Anleihebetrages erlassen, der ausschließlich Stabilisationszwecken dienen darf. 45 Millionen Dollars werden in New-York, 2 Millionen Pfund Sterling in London und 7 Millionen Dollars in der Schweiz, in Holland und Schweden aufgelegt werden. Die Frage, welche Vollmacht der amerikanische Beobachter erhält, der die Ueberwachung der Anleiheüberwindung übernimmt, wird in dem offiziellen Bericht über den Abschluß nicht erwähnt. Der verhältnismäßig hohe Emissionskurs ist als großer Erfolg Polens zu betrachten. Der günstige Abschluß der Verhandlungen ist vom deutschen Standpunkt durchaus zu begrüßen, da durch die finanzielle Sanierung eine ruhigere wirtschaftliche Atmosphäre geschaffen wird, die einer freundschaftlichen Fortführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nur förderlich sein kann. Soweit die Wäuter zum Abschluß der Anleiheverhandlungen schon Stellung nehmen, äußern sie sich außerordentlich befriedigt über das erzielte Ergebnis. „Glos Prandy“ erwartet, daß im Gefolge der Stabilisationsanleihe weitere ausländische Gelder zu Anlagezwecken nach Polen einströmen werden.

Kritik an Italiens Minderheitenpolitik.

Die Völkerbundsligen in Sofia.

„Eine innere Angelegenheit Italiens.“ (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 12. Oktober. Auf dem Kongress der Völkerbundsligen in Sofia wurde gestern die wichtige Frage der Tagesordnung, nämlich die Behandlung der deutschen und slowenischen Minderheiten in Italien, besprochen. Die englischen Delegierten forderten eine friedliche Behandlung der Minderheiten in Italien nach dem Beispiel Kanadas und Südafrikas. Der slowenische Abgeordnete in italienischen Parlament, Wislan, stellte mit Bestimmtheit, daß die italienische Regierung die feste Absicht habe, die slowenischen Minderheiten durch Einnahme ihrer Schulen und Vereine zu nationalisieren, trotzdem Italien im Rapallo-Vertrag die Lösung der Kultur der slowenischen Minderheiten versprochen habe. Der deutsch-slowenische Abgeordnete in der italienischen Kammer, Baron Sternbach, forderte die Lösung der Kulturtraditionen in Tirol. Feindliche Einbrüche in die Erklärung des italienischen Vertreters, des Staatsrats und bevollmächtigten Ministers Giannini hervor, der erklärte, Italien sei keine rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Minderheiten eingegangen. Die Minderheitenfrage sei vielmehr eine innere Angelegenheit Italiens, die dem Kongress nicht angehe. Der Vertreter Frankreichs, Professor Kulard, appellierte ummehr an den alten italienischen Liberalismus, darauf der frühere griechische Außenminister Nyrupoulos eine Resolution vorlegte, die befugte, die Völkerbundsligen der italienischen Minderheiten und der Mehrheiten sollten eine Verständigung der Minderheitenfrage untereinander herbeiföhren. Diese

Resolution wurde angenommen, gleichzeitig aber auch eine Entschärfung der englischen und polnischen Delegation, die auf den Völkerbundbeschluss vom September 1922 aufmerksam macht, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß auch jene Staaten, die nicht rechtlich verpflichtet dazu sind, sich doch zu der gleichen Toleranz gegenüber ihren Minderheiten stellen sollten, wie die rechtlich Verpflichteten. Der Einbruch, den das Auftreten der Italiener machte, war denkbar ungünstig.

Regierungskrise in Südlawien.

Die Demokraten einmütig für Davidowitsch (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 12. Oktober. Die seit Bildung der Regierung Davidowitsch durch die unversöhnliche Haltung des Demokratenführers Davidowitsch gegenüber der Regierung bestehende latente Krise geriet gestern dadurch zum Ausbruch, daß der Demokratenführer Davidowitsch sein volles Vertrauen aussprach. Dieser Beschluß muß als gegen den demokratischen Außenminister Marinowitsch gerichtet aufgefaßt werden, der von Anfang an prinzipiell für das weitere Verbleiben der Demokraten in der Regierung war. Der Beschluß der Demokraten gerührt noch nicht endgültig die bestehende Regierungskoalition, sondern fordert von der Regierung vorerst nur konkrete Garantien für die Rechtsordnung im Lande. Die Entschärfung jedoch, daß Davidowitsch sich sofort zum König begab und die zugehörige Lage schilderte, zeigt, daß es möglicherweise heute zum Rücktritt des Kabinetts kommen kann, wenn es nicht gelingt, endlich das unklare Verhältnis innerhalb der beiden stärksten Regierungsparteien zu bereinigen.

Der französisch-amerikanische Zollstreit.

Auf der Suche nach einem Ausweg (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 12. Oktober. Die amerikanische Antwort auf die französische Note über den Zollstreit ist vom Ministerium des Auswärtigen den Sachverständigen des Handelsministeriums zur Prüfung übergeben worden. Der Ministerrat wird sich am nächsten Freitag mit diesem Sachverständigen beschäftigen. Ob der Wortlaut veröffentlicht werden soll, wird noch erwogen. Vorläufig hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch ausgesprochen, die Veröffentlichung zu unterlassen, weil eine Polemik den Verhandlungen nichts nützen würde. Dennoch sind einige Blätter in der Lage über den Inhalt und Ton der Note ziemlich genaue Angaben zu machen. Es wird erwartet, daß von den Vereinigten Staaten eine Veränderung ihrer Grundzüge nicht erwartet werden könne. „Main“ drückt seine Ansicht über diesen Standpunkt in folgenden Worten aus: „Alle Völker, die Waren in die Vereinigten Staaten einföhren, werden gleich behandelt. Denn sie haben mit einer Barriere von Zollschranken zu rechnen.“ Die französische Seite bedauert, daß es so ist. Amerika könne sich ein solches Zollsystem erlauben, aber Frankreich bestreite nicht eine so mächtige Industrie und einen solchen Ueberfluß an Rohstoffen, daß es auf eine Verbindung mit dem Ausland verzichten könne. Auch in den meisten anderen Ländern Europas müßten die Zölle durch gegenseitige Zugeständnisse geregelt werden. Amerika hat gegen Verhandlungen nichts einzuwenden, sagt aber voraus, daß sie durch einen Modus vivendi eingeleitet werden, der Zugeständnisse auf beiden Seiten bringt. Dazu sind die Franzosen gern bereit. Aber leider — wie der „Main“ spottet — „ist es nicht ganz gerecht, von Frankreich sofortige

Zugeständnisse zu verlangen, die in keinem Verhältnis zu den Zugeständnissen stehen, die von Amerika nicht zu erwarten sind.“ Aus diesen Schwierigkeiten sollen die Sachverständigen des Handelsministeriums einen gangbaren Ausweg suchen. Sie haben sich zuerst mit Mut und Vertrauen an ihre schwere Arbeit gemacht, aber einer aus ihren Kreisen hat auf die Frage, was er von der amerikanischen Note dachte, die Antwort gegeben: „Diese Note ist eine schöne Frucht mit hartem Kern. Die Umhüllung sieht verlockend aus, aber der Kern ist schwer zu knacken.“

Albanien und Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 12. Oktober. Die „Giornale d'Italia“ meldet, ist Hauptmann Grem bei Libohova zum Leiter der albanischen Militärmission in Rom ernannt worden. Er wird seinen Posten bereits nächste Woche antreten. Libohova, der schon albanischer Geschäftsträger beim Quirinal war, und seit über 12 Jahren hier mit Familie lebt, gilt als ausgeprägter Freund Italiens.

Start zum Azorenflug.

Heinfestflugzeug D 1220 aufgestiegen. (Telegramm.)

Warnemünde, 12. Oktober. (W. T. N.) Das Heinfest-Flugzeug „D 1220“ ist heute um 13 Uhr 21 Minuten zu einem Langstreckenflug gestartet. Der Start ging bei leichtem Ostwind und bedecktem Himmel glatt vonstatten.